

## Russland - NATO

Überlegungen von Gerd Eisenbeiss. 20. Februar 2022

Immer wieder stolpert die aktuelle Diskussion um die russischen Forderungen nach Sicherheitsgarantien über die Frage, ob sich Putin zu Recht über einen Wortbruch des Westens sowie über eine Verletzung des Völkerrechts beklagt. Damit ist es Putin gelungen, einen ziemlich unwesentlichen Punkt in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken und davon abzulenken, dass es um Demokratie und Freiheit geht, die Russland anderen verweigern will, weil es selbst keine innere Freiheit kennt.

Fakt scheint zu sein, dass es in den Gesprächen über die deutsche Wiedervereinigung auch Äußerungen gegeben hat, die NATO werde nicht nach Osten erweitert. So soll es in einem Gespräch hochrangiger Beamter am 6. März 1991 eine solche Aussage gegeben haben gegenüber einem Staat, dessen Nachfolger die Ukraine und die Baltenstaaten ebenso sind wie Russland. Die **Anlage** zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt der Zerfall der UdSSR im vollen Gang war<sup>1</sup>; schon im Frühjahr 1990 gewann Jelzin die Wahl in der RFSSR, also Russland gegen die Kommunisten. Das Gespräch vom 6.3. 91 hatte also keinerlei Vertragscharakter, mit wem denn auch, wo sich die UdSSR gerade auflöste. Später aber wurde mit dem unabhängigen Russland vertraglich anders geregelt: jedes Land habe das Recht auf freie Bündniswahl unter Beachtung der Sicherheitsinteressen der anderen Vertragspartner.

*Wer argumentiert, Russland sei der anerkannte Rechtsnachfolger der UdSSR und damit nachträglicher Adressat von Zusagen vom 6.3.1991, der müsste auch Zusagen an Hitlers Deutschland, z.B. die betreffend Sudetenland, als belastbare Zusagen an die BRD werten.*

Heute beruft sich die Ukraine mit ihrem Verfassungsartikel, man strebe die NATO-Mitgliedschaft an, auf diesen Vertrag - unterstützt im Prinzip der freien Bündniswahl vom Westen, während Russland auf seine Sicherheitsinteressen hinweist und daher ein Veto gegen NATO-Mitgliedschaft und -Truppen nahe seiner Grenzen beansprucht.

### **Wie ist dieser Konflikt zu beurteilen?**

Von zentraler Bedeutung ist für mich, ob die russischen Sicherheitsinteressen legitim sind oder ob es sich lediglich um Sicherheitsinteressen von Putin Macht handelt. Und wie sind die Sicherheitsinteressen der Ukraine zu würdigen?

---

<sup>1</sup> Am 19. August 91 wurde gegen Gorbatschows Liberalisierung geputscht; danach wurde die Kommunistische Partei verboten.

Blicken wir zurück! Gorbatschows Sowjetunion (bis 21.12.1991) und Jelzins Russland waren auf dem Weg zu einem liberalen, demokratischen Staat. Da war es mit den westlichen Sicherheitsinteressen gut vereinbar, ein Verteidigungsbündnis gegen die sowjetische Besatzungsmacht in Osteuropa sowie die diktatorisch regierte Sowjetunion selbst zurück zu nehmen. Jelzins Russland war auf dem Weg, ein normaler demokratischer Partner des Westens und der befreiten Osteuropäer zu werden. Die NATO wäre bei einer solchen Entwicklung überflüssig geworden und Russland vielleicht sogar ein weiterer Kandidat für die Mitgliedschaft in der EU.

Vor diesem Hintergrund, der eine Aggressionsgefahr seitens Russlands nach Westen oder der NATO nach Osten absurd erscheinen ließ, sind Gesprächsinhalte sowie die späteren Vertragsbestimmungen über freie Bündniswahl zu interpretieren. Es war Russlands weitere Entwicklung und Verhalten, die es den Osteuropäern Ende der 90er Jahre ratsam erscheinen ließen, den Schutz der NATO gegen den langjährigen Besatzer im Osten zu suchen. So wurden Polen, Tschechien und Ungarn, also Länder ohne Grenzen mit Russland 1999 aufgenommen, die Baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien, Slowakei und Slowenien erst 2004, also 4 Jahre nach Putins Machtantritt.

Zu keinem Zeitpunkt war es Ziel der NATO, Russland anzugreifen oder ihm Territorien zu rauben. Putin weiß das, denn er hat genug offene und geheime Informationen über innere Vorgänge der westlichen Sicherheitssysteme.

Russland hatte kein Sicherheitsproblem, und wäre es auf dem Weg zum demokratischen Rechtsstaat geblieben, wäre es entweder selbst NATO-Mitglied geworden oder die NATO gäbe es nicht mehr. Putins Russland müsste nur fairer Partner der Weltgemeinschaft sein, statt aggressive Propaganda-Lügen zu produzieren, aufhören, Diktaturen in aller Welt zu stabilisieren und das eigene Volk zu unterdrücken, und schon gäbe es keinen solchen kriegsnahen Konflikt.

Es ist die Veränderung Russlands zur Diktatur mit Weltmachtambitionen und Phantomschmerzen hinsichtlich seiner verlorenen Herrschaftsgebiete, die die Ost-Europäer sowie Georgien Schutz suchen ließen.

Da Putins Herrschaft nicht von außen, sondern eher von innen bedroht werden könnte von Generälen, Oligarchen, unzufriedener Bevölkerung, sind die geäußerten Sicherheitsinteressen Machtsicherungsinteressen, von denen in keinem Vertrag die Rede ist.

Nimmt man alles zusammen, was wir über Putins Haltung zur Staatlichkeit der Ukraine und zur territorialen Unverletzlichkeit von Grenzen wissen, dann wird transparent, dass die „Sicherheitsinteressen Russlands“ nur vorgetäuscht werden, um die russische Bevölkerung durch Machtspielchen und ggf. weitere Eroberungen still zu stellen. Dagegen sind die Sicherheitsinteressen der Ukraine gerade wegen der Bedrohung durch Russland klar und legitim.



### **Aber wie löst man nun diesen willkürlich vom Zaun gebrochenen Streit?**

Da hilft vielleicht die Einsicht, dass Putin vom so kriegerisch gesattelten Pferd geholfen werden muss, auch wenn seine Forderungen unethisch sind und dem Recht freier Völker widersprechen. **Denn er hat Atomwaffen, eine starke Armee und die nötige Skrupellosigkeit eines Mafioso.**

Man wird daher nicht darum herumkommen, gegen besseres Wissen anzuerkennen, dass

- Russland vertragskonform Sicherheitsinteressen gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens geltend macht.
- Die Ukraine sollte zur Entspannung beitragen durch Löschung des NATO-Ziels aus ihrer Verfassung.
- Russland hätte in diesem Zusammenhang die staatliche Integrität der Ukraine anzuerkennen.

Bezüglich der territorialen Streitpunkte Krim, Abchasien und Süd-Ossetien sollte festgehalten werden, dass man einig ist, nicht einig zu sein.

Leider fehlt mir jede Idee, wie man die Terrorregime in Donezk und Lugansk wieder in zivilisierte Strukturen einbinden könnte; vielleicht ist die Annexion durch Russland für alle, die da noch leben (30% der Bevölkerung sind nach Westen geflohen), die beste Lösung, die Putin hilft, sein Gesicht als „großer Sieger“ zu wahren.

## Chronologie des Zerfalls der UdSSR

Gebiete, die nur [teilweise als Staaten anerkannt werden](#), sind *kursiv* gesetzt.

### Vor dem Augustputsch

-  [Litauen](#): 11. März 1990
-  [Estland](#): 30. März 1990
-  [Lettland](#): 4. Mai 1990
-  [Armenien](#): 23. August 1990
-  [Abchasien](#): 25. August 1991
-  [Transnistrien](#): 2. September 1990
-  [Georgien](#): 9. April 1991
-  [Gagausien](#): 19. November 1991

Die provisorischen Unabhängigkeitserklärungen Estlands und Lettlands traten während des Augustputsches am 20. bzw. 21. August 1991 endgültig in Kraft. Als einzige ehemalige Sowjetrepublik hat Russland keine Unabhängigkeitserklärung abgegeben, sondern den Anspruch erhoben, [Rechtsnachfolger](#) der Sowjetunion zu sein.

### Nach dem Augustputsch

-  [Ukraine](#): 24. August 1991
-  [Belarus](#): 25. August 1991
-  [Moldau](#): 27. August 1991
-  [Kirgisistan](#): 31. August 1991
-  [Usbekistan](#): 1. September 1991
-  [Republik Arzach](#): 2. September 1991
-  [Tadschikistan](#): 9. September 1991
-  [Aserbaidshan](#): 18. Oktober 1991
-  [Turkmenistan](#): 27. Oktober 1991
-  [Tschetschenische Republik Itschkerien](#): 1. November 1991
-  [Südossetien](#): 28. November 1991
-  [Russland](#): 12. Dezember 1991<sup>1)</sup>
-  [Kasachstan](#): 16. Dezember 1991

<sup>1)</sup> Der [Oberste Sowjet](#) der [RSFSR](#) ratifizierte an diesem Tag die [Belowescher Vereinbarungen](#), setzte den Vertrag zur Gründung der UdSSR von 1922 außer Kraft und berief die russischen Abgeordneten des [Obersten Sowjets der UdSSR](#) ab.